

# Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

---

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 28.02.2019  
Beginn: 17:05 Uhr  
Ende: 18:33 Uhr  
Ort, Raum: Stadthalle, Konferenzraum 2, Wittastrasse 5, 36251 Bad Hersfeld

## **Anwesend:**

### **Mitglieder**

Herr Bernd Böhle  
Frau Silvia Schoenemann  
Herr Carsten Lenz  
Herr Andreas Rey  
Herr Jürgen Richter  
Herr Hans-Jürgen Schülbe  
Herr Karsten Vollmar  
Herr Bernd Wennemuth  
Frau Andrea Zietz

### **von der Stadtverordnetenversammlung**

Herr Michael Barth

### **vom Magistrat**

Herr Gunter Grimm

### **Gäste**

Herr Heil  
Herr Nickel

Polizeistation Bad Hersfeld  
Polizeidirektion Osthessen

### **von der Verwaltung**

Frau Andrea Jung  
Frau Tina Opaterni

## **Tagesordnung:**

- 1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
- 2. Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion betreffend Einführung von Videoüberwachung in der Kreisstadt Bad Hersfeld und Förderantrag 1026/19**
- 3. Statusberichte zu den Hessentags-Investitionsprojekten 1048/19**
- 4. Anmietung von Audiotechnik für die Bad Hersfelder Festspiele 2019 und 2020 / Beschallung der Produktionen in der Stiftsruine in der Zeit vom 20. Mai bis 14. September 2019 und Mai bis September 2020 (inkl. Transporte) 1037/19**
- 5. Antrag der Fraktion Unabhängige Bürger Bad Hersfeld (U.B.H.) betreffend Straßenbeiträge abschaffen 1029/19**
- 6. Verschiedenes**

Die Sitzung wurde von 18.14 Uhr bis 18.20 Uhr bei TOP 2 unterbrochen.

### **zu 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Stadtverordneter Böhle, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Er stellt die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest. Einwendungen zur Tagesordnung werden seitens der Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nicht vorgetragen.

### **zu 2 Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion betreffend Einführung von Videoüberwachung in der Kreisstadt Bad Hersfeld und Förderantrag 1026/19**

Erster Stadtrat Grimm erläutert, dass die Bürger in ihrem subjektiven Sicherheitsempfinden manche Orte ungern aufsuchen. Besonders werden hier Bahnhof, Breitenstraße und das Umfeld des Stadthauses genannt.

Herr Nickel von der Polizeidirektion erläutert die Rechtslage. Unterhalb der Installation von Videoüberwachungsanlagen sind zunächst Änderungen im baulichen Umfeld und die Bestreifung mit Sicherheitspersonal von Stadt und Polizei zu prüfen. Als Bei-

spiel für bauliche Maßnahmen nennt er die bessere Ausleuchtung um die Stadtkirche, die das „Wildpinkeln“ erheblich reduziert hat.

Im Bereich des Schilde-Parks habe man durch eine engere Bestreifung ebenfalls eine Reduzierung der Straftaten erreichen können. Sollte man nach § 14 Absatz 3 Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung HSOG den Betrieb einer Videoanlage anstreben, so sei zu prüfen, ob dies gemeinsam mit der Polizei erfolgen solle. Man könne dann auf die Beratung und Antragsunterstützung bei Hessischen Datenschutzbeauftragten stützen. Voraussetzung sei, dass die Polizei Zugriff auf die Videodaten erhalte. Zudem sei die angestrebte Landesförderung dann möglich. Dies gelte jedoch nur für die Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Zudem müssen Bereiche wie Außengastronomie in der Videoüberwachung ausgeblendet werden.

Er legt zudem aktuelles Zahlenmaterial für die Jahre 2017 und 2018 für die von der Stadt ins Auge gefassten Bereiche vor. Er erläutert dass nicht alle Straftaten durch eine Videoüberwachung beobachtet oder verhindert werden können. So seien beispielweise häusliche Gewalt, Kneipenschlägereien oder Wohnungseinbrüche nicht mit in die Statistik eingeflossen.

Aufgrund der für einige Bereiche sehr geringen Fallzahlen schätzt er die Genehmigungschancen für Videoüberwachung als gering ein. Im Bereich der Bahnofsunterführung zu den Bahnsteigen besteht bereits eine Videoüberwachung, die jedoch dringend technisch aufgerüstet werden müsste um die Bildqualität zu verbessern. Er könne sich vorstellen zusätzlich den Bahnhofsvorplatz zu überwachen, welches vermutlich aufgrund des öffentlichen Charakters und des Aufkommens von Straftaten auch reale Chancen auf Durchsetzung habe. Am Beispiel der Unterführung Peterstor mit nur einer zählbaren Straftat jährlich sieht er allerdings geringe Chancen auf eine Genehmigung. So müsse auch berücksichtigt werden wie viele Kameras zur Ausleuchtung eines Bereiches gebracht werden, die Unterführung Peterstor sei vermutlich nur mit einer hohen Anzahl an Kameras ausgeleuchtet.

Werde eine Videoüberwachung genehmigt, so sei alle zwei Jahre eine Überprüfung der Notwendigkeit verpflichtend vorgeschrieben. Es könne also sein, falls die Videoüberwachung zu einer deutlichen Reduzierung der Straftaten führe, dass diese dann abzubauen ist.

Nach eingehender Diskussion wird einstimmig beschlossen noch keine Beschlussempfehlung für die Stadtverordnetenversammlung abzugeben und zunächst in den Fraktionen zu beraten.

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, in Absprache mit den zuständigen Landesbehörden und der örtlichen Polizei, eine Videoüberwachung an folgenden öffentlichen Plätzen einzuführen:

- An der Untergeis
- untere Klausstraße
- Dudenstraße/Bahnhofstraße
- Breitenstraße
- Löhrigasse
- Unterführung am Peterstor

Weiterhin wird der Magistrat beauftragt, für die 6 Standorte eine entsprechende Förderung durch die Hessische Landesregierung zu beantragen. Der von der Stadt zu tragende Anteil ist aus dem Programm zur Umsetzung des Konzeptes Smart City zu finanzieren.

### **keine Beschlussempfehlung abgegeben**

#### **zu 3        Statusberichte zu den Hessentags-Investitionsprojekten 1048/19**

Es besteht Einvernehmen dass der Funktionsbau der Festspiele nicht erst im Jahr 2022 fertigzustellen ist. Erster Stadtrat Grimm berichtete, dass dies im Magistrat, der auch gleichzeitig Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe ist, bereits besprochen wurde und ein Fertigstellungstermin noch im Jahr 2021 angestrebt werde.

#### **Beschluss:**

Die Statusberichte werden zur Kenntnis genommen.

### **zur Kenntnis genommen**

#### **zu 4        Anmietung von Audiotechnik für die Bad Hersfelder Festspiele 2019 und 2020 / Beschallung der Produktionen in der Stiftsruine in der Zeit vom 20. Mai bis 14. September 2019 und Mai bis September 2020 (inkl. Transporte) 1037/19**

#### **Beschluss:**

Es wird beschlossen,

1. dem Verfahren einer beschränkten Ausschreibung mit vorgeschaltetem öffentlichen Interessenbekundungsverfahren für die Anmietung von Audiotechnik für den Mietzeitraum vom 20.05. bis 14.09.2019 und Mai bis September 2020 zuzustimmen.
2. das Mietequipment für die Audiotechnik zu den beigefügten Konditionen in Höhe von 261.800,00 Euro für die Spielzeiten 2019 und 2020 auf der Grundlage des Angebots Nr. 19-0049.01. vom 28.01.2019 vom Medienpark Vision, Alzeyer Str. 31a, 67549 Worms, anzumieten.

### **einstimmig beschlossen**

**zu 5      Antrag der Fraktion Unabhängige Bürger Bad Hersfeld (U.B.H.) betreffend Straßenbeiträge abschaffen  
1029/19**

Die Verwaltung arbeitet zur Zeit eine Prioritätenliste als Entscheidungsgrundlage aus. Nach Vorlage dieser Liste soll der Antrag weiter beraten werden.

**Beschluss:**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschliessen:**

Der Magistrat wird gebeten,

1. Alle Vorarbeiten umgehend vorzunehmen mit dem Ziel, dass keine Strassenbeiträge mehr innerhalb Bad Hersfelds erhoben werden können (= Aufhebungssatzung zur Strassenbeitragssatzung vom 13.12.2013)
2. Die Vorarbeiten sind den zuständigen Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen
3. Im Sinne der Resolution der Bürgermeister des Landkreises Hersfeld-Rotenburg die Landesregierung aufzufordern, dass das wohlhabende Land die diesbezüglichen Kosten übernimmt und diese nicht den Kommunen aufbürdet.
4. Lösungsvorschläge zu erarbeiten, damit die Betroffenen, die bereits in den letzten Jahren Strassenbeiträge leisten mussten, zum Teil mit existenzieller Belastung, einen Ausgleich erhalten; und zwar rückwirkend bis zum 1.6.2018.

**zurückgestellt**

**zu 6      Verschiedenes**

Keine Wortmeldungen

gez. Bernd Böhle  
Vorsitzender

gez. Rudolf Dahinten  
Protokollführer/in